

Mehrheit von CDU, FDP und AfD: Kreistag lehnt Erhöhung der Kreisumlage ab

 gelnhaeuser-tageblatt.de/lokales/main-kinzig-kreis/landkreis/mehrheit-von-cdu-fdp-und-afd-kreistag-lehnt-erhoehung-der-kreis

Landkreis Main-Kinzig 10.12.2016



Der Kreistag hat beschlossen, die für 2017 vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 0,5 Prozent nicht durchzuführen. Foto: dpa

MAIN-KINZIG - (az). Gute Nachrichten für die Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis: Der Kreistag hat beschlossen, die für 2017 vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 0,5 Prozent nicht durchzuführen. Die CDU hat einen entsprechenden Antrag mit Unterstützung von FDP und AfD durchgesetzt. Die Kreisspitze versuchte vergeblich, das zu verhindern oder zumindest eine vorherige Beratung im Haupt- und Finanzausschuss durchzusetzen. Ob Landrat Erich Pipa (SPD), zugleich auch Finanzdezernent, den Willen des Kreistages auch umsetzt, ist allerdings noch unklar. Die von den Städten und Gemeinden zu entrichtende Kreisumlage ist die wichtigste Einnahmequelle des Kreises.

"Das Wohl des Kreises wurde damit verletzt, jetzt gilt es Schaden von den Bürgern abzuwenden", kommentierte Landrat Pipa die Entscheidung des Kreistages, die er nun zunächst prüfen lassen will. Das Geld ist im Haushalt 2017 des Main-Kinzig-Kreises fest eingeplant, sollte die Erhöhung nicht stattfinden, müsste er vermutlich einen Nachtragshaushalt aufstellen. So sieht es zumindest der Beschlussvorschlag der CDU vor, wonach der Hebesatz der Kreisumlage bei 36,47 von Hundert und somit auf dem Stand von 2016 bleiben soll.

Der Kreistagsabgeordnete und ehemalige Maintaler Bürgermeister Erhard Rohrbach (CDU) machte folgende

Rechnung auf: Aus dem Haushaltsjahr 2015 sei mit einem Überschuss von zirka sieben Millionen Euro zu rechnen, in diesem Jahr könnten weitere 15 Millionen Euro dazukommen. Dazu würden 28 Millionen Euro in den Rücklagen des Kreises "schlummern". Zugleich hätten die Kommunen erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Haushalte zu konsolidieren.

Die harten Diskussionen, die darüber in den dortigen Parlamenten geführt wurden und Gebühren- und Steuererhöhungen zur Folge hatten, seien dem Kreistag erspart geblieben. Unterstützung bekam er von Alexander Noll (FDP): Die Kommunen würden deutlich schlechter dastehen, als es die finanzielle Entwicklung des Kreises vermuten lassen. "Ein Teil dessen, was man hat, sollte man dann auch abgeben", verwies er auf den Heiligen Martin, der auch die Hälfte seines Mantels abgegeben habe.

In dessen Fußstapfen wollte Landrat Pipa allerdings zumindest in diesem Fall nicht treten: Er verwies auf die drei Millionen Euro, die der Kreisausschuss bereits den Kommunen "zur Unterstützung der sozialen Betreuung der Bevölkerung" zugesagt habe und zudem auf die Schuldenlast, die den Kreis weiterhin drücke.

"Es wird mindestens zehn Jahre dauern, um die Defizite der vergangenen 40 Jahre abzubauen", sprach er sich auch deshalb vehement dagegen aus, die Kreisumlage nicht wie geplant anzuheben. Zumal damit der ursprünglich geplante Konsolidierungspfad verlassen werde. Pipa: "Ich halte das nicht für verantwortbar und das Regierungspräsidium wird das nicht genehmigen." Für den hauptamtlichen Matthias Zach (Grüne) war der Antrag der CDU sogar unehrlich: "Wir treiben die Kommunen nicht zu höheren Steuern, das macht das Land Hessen."

Doch selbst das fast flehentliche Bitten des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschuss, Karl Netscher (SPD), die Beratung in eben jenen Ausschuss zu verschieben, blieb ungehört: 39 Kreistagsabgeordnete von CDU, FDP und AfD stimmten für die Streichung der Erhöhung der Kreisumlage, 36 von SPD, Grünen, Freien Wählern und Linken dagegen, zwei enthielten sich.

[Zur Übersicht Landkreis Main-Kinzig](#)